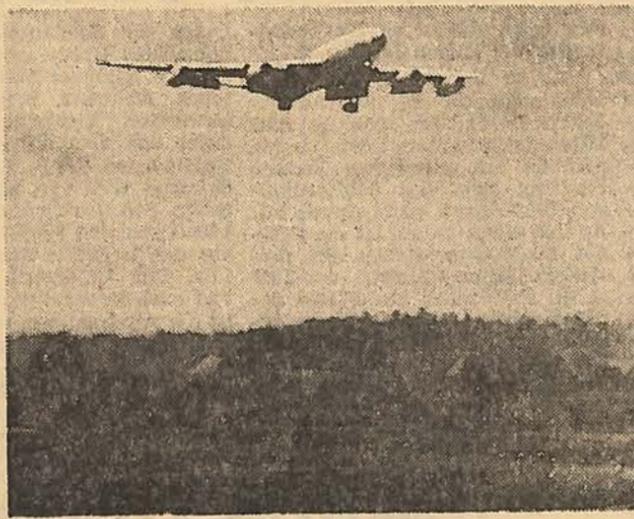


# Heiße Eisen: Ein Parkhochhaus und die Ablöse für die Thalerhof-Piste



Walter Kobald, 23, kämpft für die Siedler.

## Die Siedler: „Wir werden erpreßt“

In Thalerhof und Forst ist man auf die Bundesgebäudeverwaltung und erst recht auf das Finanz- und Bautenministerium schlecht zu sprechen. Grund für die Aversionen und die einmütige Ablehnung sind die Vorgänge um die Grund- und Gebäudeablöse-Verhandlungen, die durch die Verlängerung der Thalerhof-Landebahn auf 2500 Meter notwendig geworden sind.

„Wir lassen uns nicht wie Sklaven behandeln, wir lassen uns auch nicht mehr einschüchtern, erpressen und mit Enteignung und Gerichtsverfahren zum Unterzeichnen von Verträgen zwingen, mit denen der Bund unsere Grundstücke und Häuser um billiges Geld erwerben will.“ Das ist der Tenor jener Bewohner von Thalerhof und Forst, die seit mehr als zwei Jahren mit der Bundesgebäudeverwaltung in Ablöseverhandlungen stehen, nachdem man ihnen 1969 erstmalig mitgeteilt hatte, daß sie „im Zuge der Modernisierung des Flughafens Thalerhof“ ihre Häuser und Grundstücke räumen müssen.

Die Vorgeschichte dieser Verhandlungen mit der Bundesgebäudeverwaltung hat durch die am Sonntagabend ausgestrahlte TV-Sendung „In eigener Sache“ besondere Aktualität erfahren, da dort der kaufmännische Angestellte Walter Kobald, 23, vom Kaufhaus Bergles in anschaulicher Weise zum Sprecher aller in diesem Gebiet betroffenen Bewohner wurde. Was er vor der Kamera sagte, haben zahlreiche Betroffene mit weitaus härteren Worten bestätigt. Man spricht von Vertreibung und kritisiert besonders die Druckmittel, die bisher angewendet wurden. So erklärt ein Siedler, seit April d. J. überhaupt ohne Nachricht geblieben zu sein, was er für sein Grundstück und sein Haus bekommen soll. Beim letzten, so der Besitzer, wenig freundlichen Gespräch habe die Bundesgebäudeverwaltung ihm mit Gericht und Enteignung gedroht, wenn er nicht alles unterschreibe.

Eine Bäuerin bekam auf ihre Frage, was sie für den Obstgarten als Ablöse erhalte, angeblich die Bemerkung, „Apfelbäume und Obstgärten sind ein Hobby, dafür gibt's kein Geld“, zur Antwort.

Was die Grundbesitzer und Siedler am meisten verbittert, das sind die angebotenen Ablösesummen, die nach einem bisher „streng geheim“ gehaltenen Schema von der Bundesgebäudeverwaltung errechnet werden. So behaupten wenigstens jene, die bisher um ihr eigenes Gut geradezu feilschen mußten. Wer die Ablösesummen festsetzt? Die Gutachter der Gebäudeverwaltung des Bundes, das Bauten- und zuletzt noch das Finanzministerium. Wohl können die Grundbesitzer

ihre Forderungen geltend machen, doch sollen die Akten volle sieben Monate, wenn nicht länger, im Finanzministerium liegen, bis man dort eine Entscheidung trifft. Einige der Grundbesitzer und Hausbauer, die schon Verträge abgeschlossen haben, erhielten von der vereinbarten Summe aber erst Teilbeträge.

Die säumige Zahlungsweise des Bundes wird ebenso bekrittelt wie die Tatsache, daß viele der Grundbesitzer mit den angebotenen Ablösesummen nur einen Teil jener Flächen wieder erwer-

ben können bzw. daß der Neubau der Häuser weit mehr kostet, als man ihnen für die abgelösten Objekte bietet.

So verständlich der Unmut der betroffenen Bevölkerung auch sein mag, so richtet er sich vielfach zu Unrecht gegen die mit der Sache befaßten Beamten, die letzten Endes nicht dafür verantwortlich gemacht werden können, daß die Flughafenbetriebsgesellschaft, aber auch die zuständigen Stellen des Bundes die Dinge planlos treiben ließen, wie dies nach Aufhebung des Bauverbotes in diesem Gebiet nun einmal geschehen ist. Es gibt z. B. in der Lerchengasse einige Rohbauten, an denen jetzt noch munter weitergebaut wird, als ob man nicht schon längst wüßte, daß sämtliche Bauten eines Tages niedrigerissen werden müssen.

## Stellungnahme der Gebäudeverwaltung

Zu den Vorwürfen erfährt die „Tagespost“ von der Bundesgebäudeverwaltung folgenden Sachverhalt: Von den 63 Grundbesitzern, deren Objekte vom Bund eingelöst werden sollen, haben bis jetzt acht Verträge abgeschlossen, mit weiteren 21 wurden Vereinbarungen getroffen, die jedoch noch nicht vom Finanzministerium genehmigt worden sind. Von den übrigen 34 haben in den letzten Tagen vier ihre Bereitschaft zum Verkauf erklärt. Von den restlichen 30 stehen angeblich 23 Besitzer im „Kontakt“ mit der Gebäudeverwaltung. In der nächsten Zeit sollen mit sieben Besitzern erstmalig Verhandlungen aufgenommen werden.

Was die Höhe der Entschädigungen für Grund-

stücke betrifft, so leitende Beamte der Bundesgebäudeverwaltung, so werden diese von Experten des Finanzamtes in einem Übergutachten errechnet, und zwar auf Grund der Erfahrungswerte der Grundverkäufer der letzten fünf Jahre in dem betreffenden Gebiet.

Die Beschwerden der Grundbesitzer, sie werden monatlang im ungewissen gelassen, bestehen zu Recht, doch ist man in Graz seitens der Gebäudeverwaltung außerstande, auf die Erledigung der Akten in Wien in irgendeiner Weise Einfluß zu nehmen, so daß man in Thalerhof und Forst sieben Monate und mehr auf Verträge warten muß. Bis die Leute zu ihrem Geld kommen, dauert es dann oft noch länger...

